

Volker Rühle

## Der Dresdener Parteitag ist vorrangig ein Parteitag der Standortbestimmung und Orientierung

Der Bundesvorstand der CDU hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 1991 ein „Dresdner Manifest“ als Antrag an den bevorstehenden Bundesparteitag in Dresden (14. bis 17. 12. 1991) beschlossen. Dieser Antrag ist den Bundesvereinigungen, Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden mit einem Anschreiben des Generalsekretärs inzwischen zugegangen mit der Bitte, bis zum 25. November 1991 Änderungs- und Ergänzungsanträge zu stellen. Zum Verständnis für den im grünen Teil dieser Ausgabe veröffentlichten Text gibt Generalsekretär Volker Rühle folgende Erläuterungen:

**1** Der Dresdener Parteitag ist der erste Parteitag der CDU, der Gelegenheit gibt, sich intensiv mit den historischen Umwälzungen in Deutschland, in Europa und in der Welt zu befassen. Die politische Landschaft hat sich innerhalb kurzer Zeit völlig gewandelt. Wir befinden uns — in einem Bild ausgedrückt — in einem veränderten Gelände, zu dem die alten Meßtischblätter nicht mehr passen. Jetzt müssen wir zunächst einmal das politische Terrain neu

(Fortsetzung auf Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

- **Bundespartei**  
Hinweise zu Anträgen und Fristen zum Dresdener Parteitag. Seite 13
- **Herbstgutachten**  
Aufschwung Ost beginnt. Seite 15
- **Frauen-Union**  
Rita Süßmuth erneut wiedergewählt. Seite 21
- **Dokumentation**  
Dresdner Manifest/Die Zukunft gemeinsam gestalten. Antrag des Bundesvorstandes im Wortlaut. Grüner Teil

In diesem UID lesen Sie, was Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zum Thema Asylpolitik im Deutschen Bundestag erklärt hat.



(Fortsetzung von Seite 1

vermessen und die Richtung neu bestimmen, in die wir gehen wollen. Der Dresdener Parteitag ist vorrangig ein **Parteitag der Standortbestimmung und Orientierung**.

**2** In dieser Situation kommt es vorrangig darauf an, den Blick für das Wesentliche frei zu machen und eine **neue Gesamtschau der politischen Erfordernisse** zu gewinnen. Mit dem Dresdner Manifest wollen wir bewußtmachen, daß angesichts eines tiefgreifenden Wandels viele, zum Teil **seit Jahrzehnten gültige Voraussetzungen der Politik verändert oder gar entfallen sind**. Die scheinbare Stabilität des Ost-West-Gegensatzes ist z. B. nicht mehr vorhanden; heute ergeben sich ganz neue Risiken, freilich auch neue Chancen.

Das Bewußtsein dafür, daß wir in einer nachhaltig geänderten Welt leben, ist noch nicht sehr verbreitet. Mit dem Dresdner Manifest stellen wir uns der politischen Führungsaufgabe, solches Bewußtsein zu bilden und die notwendigen Konsequenzen des Wandels einsichtig zu machen.

Das Dresdner Manifest ist Dokument einer neuen politischen Orientierung in einer Zeit des Umbruchs. Dieses Manifest kann kein Regierungsprogramm, kein Grundsatzprogramm und kein detailliertes politisches Fachprogramm ersetzen. Das Manifest beschreibt vielmehr die neuen Herausforderungen, vor denen wir stehen und es weist auf Prioritäten hin, die neu festzulegen sind.

**3** Wir stehen heute vor einer grundlegenden Konsequenz der historischen Entwicklung: **Wir müssen die Tagesordnung deutscher Politik neu festlegen. Das gilt für die Innen- wie die Außenpolitik, es gilt aber auch für die Arbeit in unserer eigenen Partei. Diese drei Themenfelder bilden die Schwerpunkte des Dresdner Manifestes.**

In dieser dreifachen Schwerpunktsetzung ist die wichtigste Weiterentwicklung gegenüber der Weimarer Erklärung zu sehen, die sich noch ganz auf den Aspekt der inneren Einheit konzentriert hatte. Mit dem Dresdner Manifest machen wir deutlich, daß wir trotz der Größe der Herausforderungen im Inneren uns nicht den Blick verstellen lassen dürfen für die Entwicklungen in Europa und in der Welt, **weil außenpolitische Vorgänge zunehmend innenpolitische Auswirkungen haben und umgekehrt**. Wirtschaftsprobleme in anderen Ländern und Kontinenten und die dadurch ausgelösten Flüchtlingsströme sind z. B. längst zum innenpolitischen Thema in den Städten und Gemeinden geworden.

Mit dem Dresdner Manifest treffen wir eine wichtige politische Aussage: Wir können unsere innenpolitische Stabilität nur sichern, wenn wir zugleich auch außenpolitisch Verantwortung wahrnehmen; umgekehrt werden wir nur dann außenpolitisch handlungsfähig sein können, wenn wir die innenpolitischen Aufgaben bewältigen. Dieser innere Zusammenhang muß neu bewußtgemacht werden. Wir müssen wegkommen von einer Nabelschau nationaler Probleme; die Sicherung unserer Zukunft kann nur gelingen, wenn wir eine Politik formulieren, die auch die internationalen Zusammenhänge umfassend mit einbezieht. **Die CDU muß die Außenpolitik wieder mehr ins Zentrum ihrer Politik rücken**. Aus diesem Grund ist im Dresdner Manifest das außenpolitische Kapitel an den Anfang gestellt worden.

**4** Dieser Reihenfolge widerspricht nicht, daß die **Vollendung der inneren Einheit Deutschlands zentrales Thema des bevorstehenden Parteitages** sein wird. Die Wahl der Stadt Dresden als Ort des Parteitages und der Titel „Dresdner Mani-



fest“ sollen ein politisches Signal an die Menschen in den neuen Bundesländern sein. Mit diesem Parteitag zeigt die CDU, daß sie die Übergangsprobleme im Osten Deutschlands aufgreift, daß sie um Verständnis bemüht ist und der schwierigen Situation in ihrer Politik Rechnung trägt.

Wir tun dies vor allem mit der Kernaussage des Manifestes, daß **die politischen Prioritäten in Deutschland neu festgelegt werden müssen**, damit einheitliche Lebensverhältnisse geschaffen werden können. In den kommenden Jahren muß manche Investition im Westen unterbleiben und mancher Ausbau sozialer Leistungen muß zurückgestellt werden, damit der Aufbau der neuen Länder gelingen kann. Es stellt größte Anforderungen an die politische Führungskraft der CDU, den Menschen zu vermitteln, daß die Vollendung der inneren Einheit eine **gemeinsame Aufgabe aller Deutschen** ist und daß wir mit der Bewältigung dieser Aufgabe die Zukunft von uns allen sichern. Diesen Aspekt betont das Dresdner Manifest ausdrücklich.

**5** Große Veränderungen gehen oft einher mit Ängsten und Befürchtungen vor Besitzstandsverlust, allgemeiner Unsicherheit und unwägbareren Risiken. In einer solchen Zeit ist es Aufgabe der politischen Führung, klare Perspektiven zu vermitteln. Deshalb ist das **Dresdner Manifest auch ein Dokument des realistischen Optimismus**: mögliche Risiken werden nicht verschwiegen; aber wir beschreiben vor allem auch die vielfältigen positiven Chancen, die sich jetzt in Deutschland und in Europa bieten und die wir zu gestalten haben. Wir wollen mit diesem Manifest den Menschen vermitteln, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Belastungen im Osten wie im Westen Begleitumstände eines Zwischenzustandes sind, der zu einem lohnenden Ziel führt.

Der Aufbau in den neuen Bundesländern bietet die Chance, neue Wege zu gehen, die zum Modell für Reformen in ganz Deutschland werden können. Die Herausforderungen und Anstrengungen, die jetzt zu bewältigen sind, zwingen dazu, eingefahrene Wege zu überprüfen und neue Lösungen anzuwenden: bei der Privatisierung bisher öffentlich wahrgenommener Aufgaben, im Planungs- und Genehmigungsrecht, bei der Entwicklung umweltgerechter Verkehrskonzepte oder auch bei der Festlegung von Ausbildungszeiten. Durch die innere Einheit wird Deutschland insgesamt moderner werden können.

**6** Die Vollendung der inneren Einheit ist nicht nur eine Frage des wirtschaftlichen Aufbaus und der dafür notwendigen Finanzmittel. Die Überwindung der Trennung setzt auch eine **umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit** voraus — auch der Vergangenheit der CDU. Im Dresdner Manifest stellt sich die CDU dieser Aufgabe, die der Gesellschaft insgesamt aufgegeben ist. Diese Diskussion ist unabweisbar notwendig, sonst kann die CDU nicht glaubwürdig vor allem die immateriellen Folgen des SED-Unrechts bewältigen. Diese Diskussion jetzt zu führen ist klug, denn wir werden sie dann um so eher abschließen und neue Kraft für unsere politische Arbeit gewinnen können. Anderen Parteien wird die gleiche Diskussion noch bevorstehen, wenn deutlich wird, wie viele ehemalige SED-Mitglieder sich in ihren Reihen befinden, über deren Vergangenheit man zunächst den Mantel des Schweigens gebreitet hat.

Die Ansätze der Weimarer Erklärung sind hier aufgegriffen und weiterentwickelt worden. Ich denke, daß die hier gefundenen Formulierungen helfen werden, die notwendigen Diskussionen sachlich zu führen.



Wolfgang Schäuble in der Asyldebatte:

## Schnelle Entscheidungen stärken das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politiker

In der Bundestagsdebatte zur Asylpolitik und Ausländersituation gab Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble einen umfassenden Überblick über die aktuelle Thematik, die wir wegen der großen Bedeutung des Themas nur leicht gekürzt in diesem UfD wiedergeben. Wolfgang Schäuble führte in der Debatte im Deutschen Bundestag folgendes aus:

Der Anlaß unserer heutigen Debatte ist ein in doppelter Weise unerfreulicher. Seit Wochen, ja Monaten werden wir beinahe täglich mit Meldungen über Gewalttaten gegen Ausländer oder über Anschläge auf Wohnheime von Asylbewerbern konfrontiert. Minderheiten von extremistischen Krakeelern rufen zum Haß gegen Ausländer auf. All dies ist eine Schande für unser Land.

Es ist übrigens kein spezifisches Problem der ostdeutschen Bundesländer. Die Spur von ausländerfeindlichen Anschlägen zieht sich quer durch alle 16 Länder. Deshalb hat niemand einen Grund, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

**Die Bundesrepublik Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. In über 40 Jahren haben wir ein friedliches und freundliches Miteinander mit unseren Nachbarn und mit unseren ausländischen Mitbürgern gelernt und gelebt. Das muß auch in Zukunft so bleiben. Nichts und niemand gibt das Recht zu aus-**

**länderfeindlicher Hetze oder gar zu Gewalt gegen Ausländer.**

Die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern haben gestern auf meine gemeinsam mit dem Kollegen Kinkel gemachte Anregung hin darüber beraten, wie der Schutz unserer ausländischen Mitbürger und der Asylbewerber präventiv wie repressiv verbessert werden kann. Sie haben dazu konkrete Maßnahmen beschlossen.

Das andere Thema dieser Tage ist genauso unerfreulich. Seit Ende der 70er Jahre ein grundsätzlicher Stopp für die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer beschlossen wurde, versucht eine insgesamt wachsende Zahl von Menschen, die bestehenden Zuwanderungshindernisse dadurch zu unterlaufen, daß sie sich für politisch verfolgt erklären und sich auf das Grundrecht auf Asyl berufen. Mit dieser Erklärung sind de facto ein vorläufiges Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland und zugleich der Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialhilferecht erlangt.

Die Ausländerverwaltungen der Länder und das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge entscheiden dann in mühevollen und zeitaufwendigen Verfahren, die durch allerlei Rechtsmittel in die Länge gezogen werden können, über die Anträge. Am Ende wird, oft nach Jahren, nur ein geringer Teil der Asylanträge positiv entschieden, und ein



noch geringerer Teil der abgelehnten Asylbewerber wird hernach endlich auch abgeschoben.

Man kann über die Prozentsätze im einzelnen streiten; denn über den Kreis der anzuerkennenden Asylbewerber hinaus gibt es eine nicht unbeträchtliche Zahl weiterer Fälle, in denen eine Abschiebung aus anderen Gründen zumindest vorübergehend nicht in Betracht kommt, wie auch umgekehrt die Zahl derjenigen Asylbewerber nicht genau bekannt ist, die unser Land tatsächlich verlassen. Die Ausländerverwaltungen der Länder sind mit all diesen Feststellungen überfordert, was ja auch durch die Tatsache eindrucksvoll belegt worden ist, daß die Zahl der Asylbewerber in einem Landkreis drastisch zusammengeschmolzen ist, als das Land Nordrhein-Westfalen einmal die Asylbewerber alle zum selben Zeitpunkt einbestellen ließ, um den Mehrfachbezug von Sozialleistungen herauszufinden.

**Es lohnt also nicht, über Dunkelziffern zu streiten, die ja im übrigen die Sache keineswegs besser machen. Jedenfalls ist der Befund eindeutig, daß eine große Zahl von Asylbewerbern, ohne politisch verfolgt zu sein, ein vorläufiges Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland erlangt und, obwohl nach jahrelangen aufwendigen Verfahren rechtskräftig abgelehnt, Deutschland auf Dauer nicht wieder verläßt.**

Bund und Länder haben in diesen anderthalb Jahrzehnten vieles versucht, um diesem Mißstand besser begegnen zu können. Insgesamt siebenmal sind die Verfahrensvorschriften des Asylrechts mit dem Ziel verändert worden, zu schnelleren abschließenden Entscheidungen zu kommen: Visumpflichten wurden einge-

führt; auch die Pflichten für Transitvisa wurden verschärft; ein Arbeitsverbot für Asylbewerber wurde schon in den 70er Jahren eingeführt, Mitte der 80er Jahre verlängert und, weil es sich im Ergebnis als wirkungslos herausgestellt hat, jetzt wieder abgeschafft.

Zeitweilig haben diese Maßnahmen Entlastung gebracht und zu einem vorübergehenden Rückgang der Asylbewerberzahlen geführt. Aber in der Tendenz sind die Zugangszahlen steigend. Mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs haben sie sich mit zunehmender Beschleunigung dramatisch erhöht. 1989 kamen 121 000 Asylbewerber, 1990 193 000 und in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits 170 000; davon im August über 28 000 und im September fast 29 000. Dieser dramatische Anstieg belastet naturgemäß die Ausländerverwaltungen von Bund und Ländern, und er hat zu einem Anstieg der durchschnittlichen Verfahrensdauer geführt, der noch stärker gewesen wäre, wenn der Bund nicht mit organisatorischen und personellen Maßnahmen reagiert hätte.

Wir haben in den letzten Jahren mit Hilfe dieses Hohen Hauses gewaltige Anstrengungen unternommen, um die Bearbeitungs- und Entscheidungskapazität beim Bundesamt zu erhöhen. Wir haben die Stellen für Entscheider von 70 im Jahr 1985 auf 438 im Jahr 1991 erhöht, wobei wir allerdings zunehmend Schwierigkeiten haben, überhaupt noch geeignete Mitarbeiter zu finden, um die Stellen zu besetzen. Eine Zeitlang haben wir uns damit beholfen, diese Stellen des gehobenen Dienstes mit Juristen zu besetzen. Aber angesichts des großen Juristenbedarfs in den neuen oder jungen Bundesländern ist damit inzwischen auch kein zusätzliches Angebot mehr zu erschließen.

Weil die Verfahren so lang dauern und



weil die Zugangszahlen so hoch sind, haben wir derzeit einen Stau von rund 200 000 nicht erledigten Asylverfahren. Aber genau das beschreibt ja unser Problem. Deswegen habe ich nicht ganz verstanden, warum Sozialdemokraten Anfang der Woche mit scheinbar entsetztem Aufschrei erstmals diese Zahl zur Kenntnis nehmen wollten. Wenn wir dieses Problem nicht hätten, dann bräuchten wir die Debatte ja wirklich nicht zu führen.

**Die hohe und von Monat zu Monat steigende Zahl von Asylbewerbern muß von den Bundesländern untergebracht werden. Das kann entweder in Sammelunterkünften oder durch Verteilung auf alle Landkreise und Gemeinden geschehen, wobei natürlich auch Sammelunterkünfte immer zu irgendeiner Gemeinde gehören. Die Kommunen sehen sich dadurch zunehmend überfordert, und die Proteste der Verantwortungsträger für Städte, Gemeinden und Kreise, gleich welcher Partei sie angehören, gegen diese Entwicklung nehmen an Intensität und Schärfe zu.**

Auch die Widerstände in der Bevölkerung wachsen. Das hat überhaupt nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun.

Wieso eigentlich wollen wir von unseren Mitbürgern verlangen, daß sie ertragen und verstehen sollen, daß Hunderttausende von Asylbewerbern mit erheblichen finanziellen Belastungen für die Steuerzahler für Jahre untergebracht und versorgt werden sollen, obwohl von vornherein klar ist, daß die allermeisten nicht als politisch verfolgt anerkannt werden können, und daß sie nach jahrelangen Verfahren am Ende unser Land dennoch nicht verlassen. Ich will die Mißstände, die sich im einzelnen in den Städten und

Dörfern unseres Landes zutragen, hier gar nicht schildern, weil ich ja wirklich dafür bin, diese besonders schwierige Debatte behutsam zu führen. Aber niemand darf doch bestreiten, daß es diese Mißstände zuhauf gibt und daß sie natürlich eine wachsende Zahl unserer Mitbürger besorgen, die zunehmend daran zweifeln, ob die Verantwortlichen in Bund und Ländern überhaupt noch wissen, was sich in den Gemeinden abspielt, und die im übrigen in Gefahr geraten, zunehmend an der Handlungsfähigkeit unseres Staates bzw. derjenigen, die in Bund und Ländern Verantwortung tragen, zu zweifeln.

Ich kann doch nicht darüber hinwegsehen, daß der Vertreter des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums bei einer Anhörung, die ich im Innenministerium gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz der Länder, dem Kollegen Läßle, durchgeführt habe, erklärt hat, daß in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens, in denen Asylbewerber untergebracht werden, zum Teil bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten. Das ist doch die Wahrheit.

Das ist Kern des Problems. Das hat — ich sage es noch einmal — nichts mit Ausländerfeindlichkeit unserer Bevölkerung zu tun.

Ganz im Gegenteil: Ich habe seit Jahren davor gewarnt, daß nichts die freundlichen Beziehungen zwischen Deutschen und ausländischen Mitbürgern mehr belasten könne als diese Entwicklung der Asylbewerberproblematik. Deswegen habe ich auch nie verstanden, warum sich etwa Ausländerbeauftragte, die für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in unserer Gesellschaft zuständig sind, immer gegen jede Lösung der Asylbewerberproblematik gewandt haben, obwohl sie hätten wissen müssen, daß genau daraus unabsehbare Gefahren und Belastungen für die Inte-



grationsbemühungen der rechtmäßig und seit langem unter uns lebenden Ausländer entstehen.

Bei meinem Amtsantritt als Innenminister habe ich eine Vereinbarung der Innenminister von Bund und Ländern erreicht, zur Konzentration und Beschleunigung der Verfahren in allen Bundesländern zentrale Ausländerbehörden in einer räumlichen Verbindung mit Außenstellen des Bundesamtes einzurichten und in diesen Zentralstellen zumindest die offensichtlich unbegründeten Asylanträge schnell zu entscheiden.

Wir haben zugleich durch eine Novellierung des Asylverfahrensgesetzes die Möglichkeit geschaffen, daß als offensichtlich unbegründet abgelehnte Asylbewerber vor einer Abschiebung lediglich den Rechtsbehelf des Antrags auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung haben. Damit ist insoweit der durch das Grundgesetz gegebene Spielraum für Verfahrensbeschleunigungen ausgeschöpft. Auch die intensiven Beratungen in den letzten Tagen und Wochen haben dazu nichts Neues erbracht.

Wir haben ja eine einzigartige Verfassungslage. Keine andere Verfassung dieser Erde erkennt jedem Menschen auf die bloße Behauptung — und sei sie noch so unrealistisch —, politisch verfolgt zu sein, einen verfassungsrechtlich verbürgten Individualanspruch auf ein mit einer Rechtsweggarantie versehenes Prüfungsverfahren und ein mit Sozialhilfeansprüchen verbundenes vorläufiges Bleiberecht für die Dauer dieser Verfahren zu. Keine andere Verfassung dieser Erde!

**Artikel 16 unseres Grundgesetzes beruht auf den Erfahrungen der Nazibarbarei. Wir alle sind stolz darauf, daß sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat,**

**Menschen Zuflucht zu gewähren, die Schutz vor individueller Verfolgung aus politischen, religiösen und rassischen Gründen suchen. Dabei muß es bleiben.**

Doch mit diesen Erfahrungen der Nazi-Zeit haben unsere derzeitigen Probleme wenig zu tun. Unsere Probleme gründen sich vielmehr darauf, daß das Scheitern des Sozialismus in Osteuropa wirtschaftlich, sozial und ökologisch zu einem wachsenden Gefälle zwischen Ost und West in Europa geführt hat, das nach dem Wegfall des Eisernen Vorhanges die Gefahr von Massenwanderungen beinhaltet. Davon sind aktuell wir am meisten betroffen, während unsere europäischen Partner zum Teil stärker mit der Nord-Süd-Problematik konfrontiert sind.

In der Dritten Welt sind heute nach Schätzungen der Vereinten Nationen 15 Millionen Menschen vor Bürgerkriegen, Not, Elend und ökologischen Katastrophen auf der Flucht. Diese Zahlen können in den nächsten Jahren noch dramatisch steigen. Hierin definieren sich die großen Aufgaben, die sich uns Deutschen nach Erlangung von Einheit und Souveränität und die sich uns Europäern nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stellen.

Wir werden die Chance für ein Europa in Frieden und Stabilität verspielen, wenn es uns nicht durch große und gemeinsame Anstrengungen gelingt, Osteuropa rasch zu einem solchen Entwicklungsstand zu verhelfen, daß die Menschen nicht des bloßen Überlebens willen ihre Heimat verlassen müssen, wozu übrigens auch gehört, daß wir Kriege mitten in Europa nicht mehr ertragen wollen. Wir werden auf dieser einen Erde, auf der nicht nur die Menschen immer enger zusammenrücken, sondern in der auch die Probleme immer mehr gemeinsame Probleme werden, für uns und unsere Kinder eine Zukunft nur dann sichern



können, wenn wir das wachsende Auseinanderbrechen zwischen Arm und Reich erfolgreicher bekämpfen als bisher.

**Für die Lösung dieser Probleme, die unsere eigentlichen Aufgaben sind, ist das Asylrecht aber völlig ungeeignet. Wir müssen die Ursachen dieser Wanderungsbewegungen bekämpfen. Das ist der Kern der Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung. Zum Elend unserer Asylbewerberproblematik heute gehört ja auch, daß wir für ein paar hunderttausend Asylbewerber, die im Zweifel nicht zu den Ärmsten in ihren Ländern gehören, unsere politische und finanzielle Kraft erschöpfen, statt daß wir diese Mittel für Millionen Notleidender in Osteuropa und in der Dritten Welt zur Bekämpfung der Fluchursachen einsetzen.**

Ich jedenfalls werbe dafür, daß wir uns darüber klar sind: Je mehr wir das tun, und zwar möglichst gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, um so besser sind die Erfolgschancen, daß wir die Probleme wirklich lösen. Aber dafür brauchen wir europäische Lösungen.

Ich habe auch nach der Verabredung der Innenminister über die Verbindung zentraler Ausländerbehörden der Länder mit Außenstellen des Bundesamts und nach der Einführung der beschleunigten Verfahren im Asylrecht immer wieder dafür geworben, daß die Länder die Asylbewerber für die Dauer dieser beschleunigten Verfahren in Sammelunterkünften unterbringen sollten, weil nur so alle Beschleunigungsmöglichkeiten genutzt werden können. Darüber hat es viele politische Auseinandersetzungen gegeben, auf die ich jetzt nicht zurückkommen will. Nur so viel: Niemand hat sich intensiver

darum bemüht, diese Beschleunigungsmöglichkeiten zu nutzen, als die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern, die mehr derartige Sammelunterkunftplätze eingerichtet haben als alle sozialdemokratisch regierten Bundesländer zusammen.

**Ich jedenfalls finde, daß man es ernst nehmen muß, wenn die Landesregierungen in München und in Stuttgart auf Grund ihrer Erfahrungen skeptisch bleiben, ob das, was jetzt auf einmal alle machen wollen, am Ende wirklich hilft. Aber wir haben uns aus gemeinsamer Verantwortung zu gemeinsamen Gesprächen zusammengefunden. Die Ergebnisse müssen jetzt umgesetzt werden.**

Wir wußten ja von vornherein, daß die Parteien und Fraktionen des Hauses in der Frage einer Grundgesetzänderung unterschiedlicher Meinung sind. Daran hat sich bis heute leider nichts geändert. So haben wir uns darauf verständigt, alles aufzulisten, was ohne Grundgesetzänderung äußerstenfalls noch getan werden könnte, wobei die Frage, ob das reicht und ob das funktioniert, natürlich unterschiedlich beantwortet wird.

Aber es geht beim besten Willen nicht, daß von uns, von CDU und CSU, quasi verlangt wird, wir müßten, um die Einigung über das, was ohne Grundgesetzänderung versucht werden soll, nicht zu gefährden, von unserer Meinung ablassen, daß letztlich nur mit einer Grundgesetzänderung das Problem einigermaßen zu handhaben sei. So illiberal wollen wir wirklich nicht miteinander umgehen.

Diese Zielvorstellungen sollen Asylbewerber in den offensichtlich unbegründeten Fällen möglichst innerhalb von sechs Wochen zum Verlassen unseres Landes bringen. Dazu sollen sie durch die Län-



der für die Dauer dieser Verfahren verbindlich in Sammelunterkünften untergebracht werden. Durch eine Änderung der einschlägigen verfahrens- und organisationsrechtlichen Bestimmungen sollen die Länder Zuständigkeiten in der Ausländerverwaltung auf den Bund insoweit übertragen, als das Bundesamt von der ersten Anhörung bis zur abschließenden Verwaltungsentscheidung, einschließlich der Ausweisungsverfügung und Abschiebungsandrohung, zuständig werden soll.

Wegen der schon geschilderten Personalprobleme müssen die Länder dem Bundesamt 500 als Entscheider qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Um die sechs Wochen zu erreichen, muß das Bundesamt innerhalb von zwei Wochen zu dieser abschließenden Entscheidung kommen. Danach bleiben eine Woche für die Einlegung eines Rechtsmittels, zwei Wochen für das verwaltungsgerichtliche Eilverfahren und eine weitere Woche für den durch die Länder vorzunehmenden Vollzug der Ausweisungsverfügung.

**Ob das alles auch nur annähernd realistisch ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ich bin dennoch dafür, daß wir es alle miteinander versuchen.**

Deswegen habe ich bereits am Tag nach dem Gespräch der Partei- und Fraktionsführungen die Konferenzen der Innen- und der Justizminister gebeten, sich mit der Umsetzung dieser Zielvorstellungen zu befassen. Am Montag dieser Woche habe ich die Beschlüsse den Regierungschefs aller Bundesländer übermittelt und sie zugleich um kurzfristige Mitteilung gebeten, ob und inwieweit sie die auf ihr Land entfallenden Verpflichtungen übernehmen können.

Das ist zwar aus der SPD-Fraktion als Ablenkung und Ultimatum kritisiert worden; aber ich hätte Sie sehen mögen,

wenn ich mich nicht sofort an die Umsetzung der Zielvorstellungen gemacht hätte. Im übrigen kann es so schlimm nicht gewesen sein; denn die meisten Landesregierungen haben sich inzwischen freundlicherweise bereit erklärt, die auf sie zukommenden Verpflichtungen zu übernehmen. Die Konferenzen der Innen- und der Justizminister haben gestern Entsprechendes beschlossen.

Die Bundesregierung ihrerseits hat zugesagt, den Ländern für die Einrichtung zusätzlicher Sammelunterkünfte mit der Zurverfügungstellung von Liegenschaften, insbesondere von freien oder freierwerdenden Kasernen, soweit vorhanden, behilflich zu sein. Wir haben gestern verabredet, daß jetzt Land für Land die Sammelunterkünfte und die entsprechenden Verwaltungseinrichtungen des Bundesamts durchgesprochen und festgelegt werden.

Noch einmal: Die Bundesregierung wird alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, damit die genannten Zielvorstellungen möglichst rasch umgesetzt werden können.

Die Skepsis, ob das reichen und ob das funktionieren wird, bleibt. Sie bleibt aus Erfahrung um so mehr, als sich manche schon in der Vergangenheit um eine Lösung dieser Probleme bemüht haben.

**Deswegen bleibt es meine feste Überzeugung, daß wir um eine Änderung des Grundgesetzes nicht herumkommen werden.**

Ich will diese Überzeugung begründen und meine Vorschläge erläutern. Nachdem wir uns über alles, was ohne Grundgesetzänderung äußerstenfalls machbar sein kann, verständigt haben, erwarte ich, daß mit derselben Intensität und Unvoreingenommenheit über unsere Vorstellungen, durch eine Grundgesetzänderung zu besseren Lösungen zu kommen, gesprochen wird. Deswegen habe ich am Tag



nach dem Gespräch im Kanzleramt meine Vorstellungen den Partei- und Fraktionsvorsitzenden übermittelt, nachdem ich insbesondere Herrn Vogel dazu aufgefordert hatte, als Grundlage für ein Gespräch darüber Formulierungsvorschläge vorzulegen.

Ich habe immer gesagt, daß wir drei Punkte in der Sache ändern müssen, und dies wird wegen unserer einzigartigen Verfassungslage leider nicht ohne Grundgesetzänderung möglich sein. Zum einen möchte ich, daß Asylbewerber aus Ländern, in denen es offensichtlich keine politische Verfolgung gibt, nicht in ein mit einem vorläufigen Bleiberecht verbundenes Asylverfahren kommen.

Zum anderen möchte ich, daß wir uns wirklich mit vollen Rechten und Pflichten an den internationalen Vereinbarungen, dem Schengener Zusatzabkommen wie dem Dubliner Abkommen in der EG beteiligen können. Das heißt, daß Asylbewerber, die auf dem Weg zu uns schon in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden haben, unmittelbar in dieses Land zurücküberstellt werden können.

Zum dritten brauchen wir europäische Lösungen, was insbesondere heißt, daß die Entscheidung eines Mitgliedstaates der EG für oder gegen einen Asylbewerber mit Wirkung für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist. Das berührt den Kern des Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte überhaupt nicht. Bei jedem anderen Grundrecht wären solche Regelungen auch durch die allgemeinen Gesetzesvorbehalte, die wir im Grundgesetz bei anderen Grundrechten haben, ohne weiteres möglich.

Im übrigen ist die Kritik an meinen Vorschlägen sehr widersprüchlich. Zum Teil wird gesagt, das Grundrecht werde ausgehöhlt; zum Teil wird gesagt, diese Vorschläge brächten nichts. Das eine oder

das andere kann nur richtig sein — wenn überhaupt.

Auf die Frage, welches die Länder sind, in denen es keine politische Verfolgung gibt, kann man sich verschiedene Antworten denken; darüber kann man ja sprechen. Baden-Württemberg hat vorgeschlagen, diese Länder durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Bundesrates zu definieren. Ich werbe mehr dafür, diese Länder durch die EG unter Beteiligung des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen festlegen zu lassen, und begründe das folgendermaßen:

Zum einen finde ich, daß wir bei der Frage, ob in einem anderen Land politische Verfolgung herrscht oder nicht, gut daran tun, wenn wir das nicht alleine für uns entscheiden. Aber vor allem eröffnet ein solcher Ansatz ganz neue operative Möglichkeiten. Es werden viele Länder ein Interesse daran haben, von der Europäischen Gemeinschaft und dem UNHCR als ein Nichtverfolgerstaat definiert zu werden. Damit erhält Europa, erhalten die Vereinten Nationen zusätzliche Möglichkeiten, auf diese Länder Druck in dem Sinne auszuüben, daß etwa noch bestehende Probleme, deretwegen eine politische Verfolgung nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden könnte, abgestellt werden.

Ich habe mit dem UNHCR wie mit der Kommission der EG gesprochen. Beide haben mir ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einem solchen Verfahren ausdrücklich erklärt.

Die beiden anderen Vorschläge haben damit zu tun, daß wir andernfalls in Europa unweigerlich Gefahr laufen, zum Restasylland zu werden, wo doch heute schon mehr als die Hälfte aller Asylbewerber in Europa nach Deutschland kommen.



Dänemark schickt jeden Asylbewerber, der über die Bundesrepublik Deutschland nach Dänemark einreist, postwendend zu uns zurück. Umgekehrt könnten wir das nicht, auch wenn Dänemark demnächst durch das Dubliner Abkommen genauso zur Rücknahme verpflichtet ist.

Mit unseren Nachbarn, die nicht der EG angehören, haben wir bereits entsprechende bilaterale Rücknahmeverträge oder sind dabei, sie in kurzer Zeit abzuschließen.

Mit der Genfer Flüchtlingskonvention hat das alles überhaupt nichts tun; denn alle diese Länder bieten genauso Schutz vor Verfolgung wie wir. Ich finde, zur Überheblichkeit, daß nur wir politisch Verfolgten zuverlässiges Asyl bieten könnten, haben wir wirklich keinen Anlaß.

**Europäische Lösungen sind auch ganz unverzichtbar, wenn wir ab dem ersten Januar 1993 den einheitlichen Binnenmarkt vollenden wollen und wenn dann auch Personenkontrollen an den Binnengrenzen völlig beseitigt werden müssen.**

Europäische Lösungen sind auch ganz unverzichtbar, weil keiner der europäischen Staaten angesichts der Dimension der Probleme mit diesen allein fertig wird und weil wir auch zur Bekämpfung der Ursachen der Wanderungsbewegung unsere Kräfte in Europa stärker bündeln müssen.

Nun wird gesagt: Europäische Lösungen dauern noch lange, und so lange brauchen wir unser Grundgesetz noch nicht zu ändern, selbst wenn wir wissen, daß wir es am Ende doch ändern müssen.

Ich weiß nicht, wie lange wir brauchen, bis wir europäische Lösungen tatsächlich haben. Aber solange wir unser Grundge-

setz nicht ändern, werden wir überhaupt keine europäischen Lösungen zustande bringen. Denn niemand in Europa denkt daran, ein europäisches Asylrecht auf der Basis unseres Grundgesetzes zu harmonisieren.

Die Kommission der Gemeinschaft hat in den vergangenen Wochen ihren Vorschlag für eine europäische Asylpolitik an den Rat und das Europäische Parlament beschlossen. Dieser Vorschlag ist in den drei von mir genannten Punkten in der Zielsetzung völlig deckungsgleich mit meinen Vorschlägen. Also, ganz so fürchterlich kann ja dann der Anschlag auf das Recht auf Asyl in meinen Vorschlägen nicht sein, zumal mir auch der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen ausdrücklich erklärt hat, daß diese Vorschläge aus der Sicht der Genfer Konvention überhaupt keinen Einwendungen begegnen.

Schließlich bitte ich auch zu bedenken: Jeder, der sich mit den Problemen auch nur ein wenig befaßt, weiß, daß eine europäische Lösung ohne die Änderung des Grundgesetzes in dem von mir vorgeschlagenen Rahmen nicht möglich sein wird.

Je schneller wir zu gemeinsamen Entscheidungen kommen, je besser wir das Problem lösen, um so mehr dienen wir dem inneren Frieden, um so mehr stärken wir das Vertrauen unserer Mitbürger in die Handlungsfähigkeit der politischen Verantwortlichen, um so mehr tragen wir dazu bei, daß die Bundesrepublik Deutschland bleibt, was sie war und was sie auch in Zukunft sein soll: ein ausländerfreundliches Land.

**Unsere Verantwortung ist groß.  
Wir brauchen Behutsamkeit im Reden, aber auch Entschiedenheit im Handeln.**



# Auch im September ist die Zahl der Asylbewerber wieder gestiegen

**Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat September 1991 28.732 Asylbewerber (Vormonat 28.272 Personen) registriert.**

Hauptherkunftsländer sind (in Klammern dahinter Vormonat):

Jugoslawien	10.668 Personen (7.446)
Rumänien	4.968 Personen (6.395)
Türkei	2.144 Personen (2.152)
Bulgarien	1.831 Personen (1.658)
Vietnam	728 Personen (896)
Nigeria	644 Personen (861)
Sowjetunion	623 Personen (610)
Iran	591 Personen (771)

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen. Dies ist vor allem auf den hohen Zugang aus Jugoslawien zurückzuführen. Bei den meisten übrigen Herkunftsländern ist gegenüber dem Vormonat ein leichter

Rückgang zu verzeichnen. Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im September 18.888 Asylbewerber. Das sind 65,7 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 73,2 Prozent (21.036 Personen).

In den ersten neun Monaten des Jahres haben insgesamt 169.785 Ausländer einen Asylantrag gestellt, gegenüber 143.826 Personen im Vergleichszeitraum 1990. Das ist eine Zunahme von 18,0 Prozent.

In den Monaten Januar bis September 1991 hat das Bundesamt über die Anträge von 120.668 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 9.081 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 7,5 Prozent. Abgelehnt wurden 91.407 Personen (75,8 v. H.), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 20.180 Personen (16,7 v. H.).

## Äußerungen von Herta Däubler-Gmelin sind ein Skandal

**Zum Debatten-Beitrag der stellvertretenden SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Herta Däubler-Gmelin zur Asylproblematik, in dem sie CDU-Generalsekretär Volker Rühle als „Schreibtischtäter“ beschimpfte, erklärte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Wolfgang Bötsch:**

Der Debattenbeitrag von Frau Däubler-Gmelin, in dem sie den CDU-Generalsekretär Volker Rühle mit einem Begriff denunzierte, der auf nationalsozialistische Täter gemünzt ist, war ein Beitrag zur absoluten Verwilderung der politischen Sitten. Daß Frau Däubler-Gmelin trotz Aufforderung das schlimme Wort nicht zurückgenommen hat, ist der eigentliche Skandal. Wer in dieser Art und Weise in der Öffentlichkeit mit Gift um sich spritzt, trägt die Verantwortung für die Folgen der aufgeheizten Stimmung beim Thema Asyl. Frau Däubler-Gmelin sollte doch eigentlich wissen, wozu die Radikalisierung der politischen Sprache in der Weimarer Republik geführt hat. Wer den Pfad harter, aber fairer politischer Auseinandersetzung verläßt und zum Mittel der persönlichen Denunziation greift, offenbart, daß die Argumente auf seiner Seite fehlen. Wer so mit Dreck und Schmutz um sich schmeißt, attackiert nicht nur die Person, sondern das demokratische Staatswesen insgesamt.



# Hinweise zur Antragsstellung und Antragsfrist zum Dresdener Parteitag

## 1. Antragsberechtigung:

Antragsberechtigt zum Parteitag der CDU Deutschlands sind:

- die Vorstände der Bundesvereinigungen
- die Vorstände der Landesverbände der CDU
- die Vorstände der Bezirks- und Kreisverbände
- der Bundesvorstand der CDU

## 2. Antragsfrist:

Anträge bzw. Änderungsanträge müssen **bis spätestens 25. November 1991, 24 Uhr**, eingehen bei der:

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Hauptabteilung Organisation  
Konrad-Adenauer-Haus  
Friedrich-Ebert-Allee 73—75  
W-5300 Bonn 1

## 3. Änderungs- und Ergänzungsanträge:

Die antragsberechtigten Parteigliederungen können zu dem Antrag des Bundesvorstandes Änderungs- und Ergänzungsanträge stellen.

Bitte achten Sie darauf, präzise zu beschreiben, **wo** und **wie** eine Änderung oder Ergänzung vorgenommen werden soll:

Beispiele:

— In Ziffer 3, 2. Absatz, soll Satz 4 lauten: „.....“

— In Ziffer 12, 4. Absatz, soll hinter

Satz 2 folgender Satz eingefügt werden: „.....“

— In Ziffer 15 soll der 3. Absatz durch folgende Formulierung ersetzt werden: „.....“

Die von den Antragsberechtigten angeführten **Begründungen** zu den Anträgen werden in der Antragsbroschüre **nicht** abgedruckt, können aber mündlich auf dem Parteitag vorgetragen werden.

## 4. Zustellung der Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge:

Neben der postalischen Zusendung weisen wir im Sinne einer schnelleren Abwicklung auch auf folgende Zustellungsmöglichkeiten an die CDU-Bundesgeschäftsstelle hin:

### ● per Telefax:

Vorwahl Bonn (0228) 5 44-371

### ● per Diskette:

Wer über die Möglichkeit verfügt, seine Anträge aus dem WANG-Textverarbeitungsprogramm auf Diskette zu übertragen, sollte dies zur Entlastung der Bundesgeschäftsstelle bitte nutzen. Bitte verwenden Sie dazu eine 5¼-Zoll-Diskette, Double density (DD).

## 5. Bei evtl. Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

### ■ bei inhaltlichen Fragen:

Herrn Lueg, Telefon: 5 44-357

### ■ bei organisatorischen Fragen:

Herrn Motek, Telefon: 5 44-256



## Stiftung für das sorbische Volk

**Anlässlich der feierlichen Unterzeichnung des Erlasses für eine „Stiftung für das sorbische Volk“ am Samstag, dem 19. Oktober, in Lohsa, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des parlamentarischen Beirats der „Stiftung für das sorbische Volk“, MdB Maria Michalk:**

Dem sorbischen Volk im vereinten Deutschland in ihrem angestammten Siedlungsgebiet, der Lausitz, die Möglichkeit der Bewahrung und Fortentwicklung ihrer Kultur und Traditionen zu geben, auch die sorbische Sprache im öffentlichen Leben anzuwenden, war der Grundgedanke der Protokollnotiz zum Artikel 35 im Einigungsvertrag. Diesem Geist des Einigungsvertrages wird mit der „Stiftung für das sorbische Volk“ entsprochen.

Die Arbeit der Stiftung, deren Sitz in Bautzen sein wird und die gemeinsam der Bund und die Länder Sachsen und Brandenburg finanzieren, bezieht sich auf das angestammte Siedlungsgebiet der sorbischen Volksgruppe, das geprägt ist vom jahrhundertelangen Zusammenleben von Sorben und Deutschen. Die Stiftung wird sorbische und einmalig bikulturelle Einrichtungen Deutschlands sowie Projekte fördern. Über die Inhalte der kulturellen Belange werden die Sorben selbst entscheiden. Damit soll es dem sorbischen Volk möglich sein, die Vielfalt der Traditionen auszuschöpfen und die Möglichkeit des guten Zusammenlebens verschiedener Völker und Volksgruppen im Hinblick auf Europa beispielgebend zu realisieren.

## Die neue Rente

Mit der Rentenreform 1992 wird zum 1. Januar im gesamten Deutschland ein einheitliches Rentenrecht eingeführt. Über die zahlreichen Änderungen und erheblichen Verbesserungen für große Bevölkerungsgruppen in den neuen Ländern informiert die Broschüre „Die neue Rente“, welche der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Bernhard Worms, in Berlin der Öffentlichkeit vorstellte. Bernhard Worms: „Mit der Renteneinheit vollenden wir eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zum einigen Sozialstaat Deutschland. Die Rentenreform sichert den verlässlichen Alterslohn für die erbrachte Lebensarbeitsleistung. Die Renteneinheit garantiert auch den Bürgern in den neuen Ländern nach einem erfüllten Arbeitsleben den Anspruch auf die lohn- und beitragsbezogene Lebensstandardsicherung im Alter, die dynamische Teilnahme am wirtschaftlichen Fortschritt.“

Die Broschüre „Die neue Rente“ liefert auf 59 Seiten umfassende Informationen zu dem ab 1. Januar 1992 geltenden Rentenrecht und wird in einer Auflage von 7,5 Millionen Exemplaren an alle Haushalte in den neuen Ländern verteilt. Die Verteilungsaktion hat bereits am 14. Oktober begonnen und soll in vier Wochen abgeschlossen sein.

Neben einer kurzen Darstellung der Grundlinien des deutschen Rentensystems enthält die Broschüre ein Rentenlexikon mit 56 Stichworten von A wie „Aktueller Rentenwert“ bis Z wie „Zusatzversorgung“.

**Die Broschüre kann auch bestellt werden beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Postfach 140280, 5300 Bonn 1.**



## Herbstgutachten

# Aufschwung Ost beginnt

Das Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute macht deutlich, daß die neuen Bundesländer vor einer dynamischen Aufwärtsentwicklung ihrer Wirtschaft stehen. Die wirtschaftliche Talfahrt sei gestoppt und für das kommende Jahr sei mit einem realen Wachstum von weit über zehn Prozent zu rechnen. Dies ist eine nachdrückliche Bestätigung für den Kurs der Bundesregierung und widerlegt manche düstere Prognose aus den vergangenen Wochen und Monaten.

Der jetzt absehbare Aufschwung in den neuen Bundesländern wird im Sommer des kommenden Jahres nach dem Urteil der Gutachter auch am Arbeitsmarkt eine Trendwende einleiten. Voraussetzung für diese günstige Entwicklung sind nach Ansicht der Institute stabilitäts- und situationsgerechte Tarifabschlüsse in Ost und West. In den neuen Bundesländern könnten die Lohnabschlüsse dabei über denen im Westen liegen, sollten sich aber zunehmend an der Produktivitätsentwicklung orientieren. Auch der Bundeskanzler hat die Tarifpartner wiederholt dazu aufgefordert, im Rahmen der Tarifautonomie nur solche Löhne und Tarifabschlüsse zu vereinbaren, die wettbewerbsfähig und Arbeitsplätze nicht zusätzlich gefährden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den alten Bundesländern verläuft in den bereits seit längerem erkennbaren Bahnen. Nach einer nur kurzen Pause der konjunkturellen Expansion erwarten die Gutachter in Übereinstimmung mit der Bundesregierung ein allmähliches Wie-

deranziehen der wirtschaftlichen Auftriebskräfte.

Zum Herbstgutachten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Die Forschungsinstitute stützen die Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß in den neuen Bundesländern die Talfahrt im Jahre 1992 enden und eine deutliche Aufwärtsbewegung erfolgen wird. Auch in Westdeutschland wird die konjunkturelle Entwicklung — wenn auch in abgeschwächter Form — weiter ansteigen. Um die gesamtdeutschen Herausforderungen zu bewältigen, müssen die Mahnungen der Wirtschaftsfor-

### Die wirtschaftliche Talfahrt in den neuen Bundesländern ist gestoppt.

schungsinstitute ernstgenommen werden. Die Unionsfraktion wird den Bundesfinanzminister in seinem Konsolidierungskurs, d. h. auch weiterer Abbau von Subventionen, unterstützen.

Die Institute bestätigen, daß die Treuhandanstalt — trotz Kritik an ihrer Arbeit im einzelnen — zur Erholung beigetragen hat. Insgesamt 3.800 Privatisierungen von Industriebetrieben und über 13.000 Privatisierungen von Handelsgeschäften, Gaststätten und Apotheken zeigen, daß die Treuhandanstalt ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt. Ihre Leistungen sind in der Welt ohne Beispiel; ihr Know-how wird zunehmend von mittel- und osteuropäischen Reformstaaten nachgefragt.



# Öffentliche Tribunale sind kein geeignetes Mittel

**Zu der Forderung des Sonderbeauftragten der Bundesregierung zur Auswertung der Stasi-Akten auf Einsetzung eines öffentlichen Tribunals gegen die ehemaligen SED-Größen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags Paul Laufs:**

Es stellt schon eine grobe Verkennung rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse dar, wenn der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Stasi-Akten, Gauck, und ihm folgend der SPD-Vize Thierse wie auch der Wittenberger Bürgerrechtler Schorlemmer ein öffentliches Tribunal gegen die ehemaligen SED-Größen fordern.

Die Aufarbeitung des SED-Unrechtsstaates obliegt in der Bundesrepublik Deutschland den zuständigen Gerichten, soweit es um den Nachweis individueller strafrechtlicher Schuld geht. Kurzer Prozeß ist aber kein gerechter Prozeß!

Ansonsten ist es Aufgabe der Politik, insbesondere der gewählten Parlamentarier in Bund und Ländern, die Folgen der Stasi-Vergangenheit mit gesetzlichen Regelungen bewältigen zu helfen.

Hierbei sollte von Methoden wie öffentlichen Tribunalen, die an die Praktiken totalitärer Staaten erinnern, tunlichst abgesehen werden. Dies mögen die Opfer der Willkür und des Unrechts der SED-Machthaber angesichts der langwierigen und schwierigen Gerichtsverfahren als völlig unbefriedigend empfinden. Aber DDR-Methoden taugen nicht zur Aufarbeitung von SED-Unrecht.

Ungesetzliche Tribunale, die sich an keine fairen Regeln halten, öffentliche Ächtung und Verstärkung des Volkszor-

nes sind eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig und verletzen zudem das Persönlichkeitsrecht des Menschen. Grundrechte stehen in der Bundesrepublik Deutschland schließlich allen zu. Die Taten der SED-Größen dürfen nicht dazu führen, die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland auszuhebeln. Die notwendige geistige Auseinandersetzung mit dem SED-Unrechtsstaat und seinen Trägern wird durch solche Tribunale nicht erleichtert, sondern erschwert.

## Die SPD treibt wieder einmal ein falsches Spiel

**Zu der anstehenden Einsetzung des Gemeinsamen Verfassungsausschusses von Bundestag und Bundesrat erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags Paul Laufs:**

Obwohl dies nicht Auftrag des Einigungsvertrages ist, fordert die SPD die Einführung von weiteren plebiszitären Elementen in das Grundgesetz. Im Lande Nordrhein-Westfalen hat sie sich demgegenüber dagegen ausgesprochen, die Bürgermeister künftig direkt vom Volk wählen zu lassen. Zudem will sie die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid an hohe Hürden binden, weil sie offenbar befürchtet, daß die SPD bei der Gestaltung der kommunalen Politik zugunsten von Bürger- und Wählerinitiativen in Zukunft massiv geschwächt würde. Eine Partei, die plebiszitäre Elemente in das Grundgesetz einführen, aber die unmittelbar die Bürger betreffenden Fragen in den Gemeinden der Entscheidung durch die Bürger entziehen will, treibt ein falsches Spiel.



Klaus Töpfer in Tschernobyl:

## Internationale Hilfe bei der Reaktorsicherheit notwendig

**Bundesumweltminister Klaus Töpfer hielt sich vier Tage lang in der Sowjetunion auf. Ziel seines Besuches war die Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes. Er führte dabei Gespräche mit den Regierungen der Sowjetunion sowie den Regierungen der Republiken Rußland und der Ukraine.**

Am ersten Tag seines Besuches stellte der Bundesumweltminister auf einer deutsch-russischen Konferenz die Ergebnisse des von deutschen Experten durchgeführten Meßprogramms nach Tschernobyl vor. Am zweiten Tag reiste der Minister weiter nach Kiew. Gemeinsam mit Reaktorsicherheitsexperten aus Deutschland besichtigte er auch den Unglücksreaktor von Tschernobyl, um sich ein Bild von der tatsächlichen Lage zu machen.

Minister Töpfer wollte sich bei seinem Besuch einen Überblick über die Situation der Reaktorsicherheit in der Sowjetunion und ihrer Teilrepubliken verschaffen. Dabei ging es auch um die Frage, welchen Stellenwert die Kernenergie in der Energiepolitik der veränderten Sowjetunion künftig spielen soll. Heute beträgt der Anteil der Kernenergie an der Energieversorgung der gesamten Sowjetunion etwa 13 Prozent; in manchen Republiken oder Regionen des Landes liegt der Anteil allerdings wesentlich höher.

Nach Auffassung von Klaus Töpfer ist die Situation der kerntechnischen Anlagen in der Sowjetunion besorgniserre-

gend. Dies hätten auch die jüngsten Ereignisse im Kernkraftwerk Tschernobyl wieder drastisch verdeutlicht. Hinzu kommen jetzt neue Schwierigkeiten durch den Zerfall der Sowjetunion. Die zentralen Strukturen der Atomaufsicht in der Sowjetunion seien mittlerweile zusammengebrochen; neue Strukturen auf der Ebene der einzelnen Republiken aber noch nicht aufgebaut. Dieses Vakuum bei der Aufsicht über die Kernkraftwerke könne möglicherweise neue Gefahren mit sich bringen. Die Bundesrepublik Deutschland wolle daher die Atomstrom produzierenden Republiken beim Aufbau einer Atomaufsicht — möglichst mit übergreifenden Koordinierungs- und Harmonisierungsstrukturen — unterstützen. Für den 27./28. November d. J. habe er daher die zuständigen Minister der Ukraine, Rußlands und Litauens zu Beratungen nach München eingeladen.

Der Besuch im Kernkraftwerk von Tschernobyl habe ihm erneut deutlich gemacht, daß das Werk dringend abgeschaltet werden müsse, betonte Klaus Töpfer. Gegenüber der ukrainischen Regierung habe er deutlich gemacht, daß die drei Blöcke des Kernkraftwerks bereits wesentlich früher stillgelegt werden und nicht erst — wie bisher geplant — bis 1995 am Netz bleiben sollten. Töpfer sieht allerdings derzeit die Gefahr, daß die Autarkiebestrebungen mit Energie dazu führen könnten, die Kernkraftanlagen länger als bisher geplant in Betrieb zu lassen. Als Beispiel dafür nannte er die Überlegungen, das armeni-



sche Kernkraftwerk wieder ans Netz zu nehmen, obwohl es in einem erdbebengefährdeten Gebiet liegt.

Gleichzeitig müsse in den nächsten 5 bis 7 Jahren dringend eine dauerhafte Lösung für den nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl errichteten Sarkophag gefunden werden, da der Sarkophag instabil und nicht hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen sei. Nach Töpfers Auffassung sollten sich daher deutsche und ausländische Firmen an der internationalen Ausschreibung zum Bau eines zweiten Sarkophags beteiligen. Bereits kurzfristig werden Fachleute der Gesellschaft für Reaktorsicherheit nach Tschernobyl reisen, um zu prüfen, was zur Verbesserung der Überwachung des Sarkophags sowie zur aktuellen Instandhaltung getan werden kann.

Insgesamt — so Klaus Töpfer — müßten alle 16 RBMK-Reaktoren des Tschernobyl-Typs auf Dauer abgeschaltet werden, da sie sicherheitstechnisch nicht mehr nachrüstbar seien. Für diesen Ausstieg müsse daher ein technisches Abfahrkonzept entwickelt werden. Angesichts der Dimension dieses Problems könne die Bundesrepublik Deutschland diese Hilfe nicht allein leisten.

Dabei sei die Sowjetunion auf die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft angewiesen. Die Bundesrepublik Deutschland werde sich an einer solchen internationalen Sicherheitsanalyse der RBMK-Reaktoren beteiligen. Das gleiche gelte für die WWER-Reaktoren des Greifswald-Typs.

Gleichzeitig wird sich Klaus Töpfer dafür einsetzen, daß das Thema der kerntechnischen Sicherheit in Mittel- und Osteuropa auf dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel im kommenden Jahr in der Bundesrepublik weiter behandelt wird. ■

## Alfred Gomolka neuer Bundesratspräsident

Alfred Gomolka, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, wurde am Freitag, 18. Oktober 1991 vom Bundesrat einstimmig zu seinem Präsidenten für das am 1. November beginnende Geschäftsjahr gewählt. Er löste damit den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Henning Voscherau, ab. Mit Ministerpräsident Alfred Gomolka ist zum ersten Mal ein ostdeutscher Regierungschef zum Bundesratspräsidenten gewählt worden. Nach dem beim Bundesrat üblichen Turnus — die Reihenfolge richtet sich nach der Einwohnerzahl der Länder — hätte Mecklenburg-Vorpommern bereits im vergangenen Jahr die Bundesratspräsidentschaft übernommen. Zum Zeitpunkt der Wahl des Bundesratspräsidenten im Oktober 1990 war die Bildung der Landesregierung aber noch nicht abgeschlossen. Aus diesem Grund wurde die Präsidentschaft Hamburgs vorgezogen.

## Ursula Braun-Moser neue EMSU-Präsidentin

Die außenwirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Ursula Braun-Moser, wurde einstimmig auf der Generalversammlung der Europäischen Mittelstands-Union EMSU vom 18. bis 20. Oktober in Istanbul zur neuen EMSU-Präsidentin gewählt. Die bisherige Vizepräsidentin will besonders die mittelständische Wirtschaft in Osteuropa mit der EMSU aufbauen helfen. Der Vorsitzende der Deutschen EMSU-Sektion, Martin Egon Ecker, wurde zu einem der EMSU-Vizepräsidenten gewählt.



# Maastricht kann doch noch ein Erfolg werden

Zur deutsch-französischen Initiative über die künftige europäische Außen- und Sicherheitspolitik erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die deutsch-französische Initiative, die Bewegung in die festgefahrenen Bemühungen um eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik bringt. Sie beinhaltet wichtige Impulse für eine europäische Sicherheitsunion, denn erstmals werden konkrete Vorschläge präsentiert, wie es weitergehen soll und wie die Verbindung zwischen den einzelnen Elementen (Union — WEU — NATO) hergestellt werden kann.

Eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität braucht auch eigene Militärstrukturen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt daher ausdrücklich, daß parallel zur Verstärkung der politischen Rolle der WEU die Bildung militärischer Einheiten vorgesehen ist, welche der WEU zugeordnet sind.

Da die Stärkung der WEU als integraler Bestandteil des europäischen Einigungswerkes gesehen wird, soll eine organische Beziehung zwischen WEU und Union geschaffen werden. Wichtig ist, daß die Schaffung eines europäischen Pfeilers nicht zu Lasten der Atlantischen Allianz geht, sondern zu deren Stärkung beiträgt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet, daß die deutsch-französischen Vorschläge an die niederländische Präsi-

dentschaft manches an Kritik verstummen läßt, die es in letzter Zeit gegeben hat. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik darf keine leere Hülse bleiben, sondern muß die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Mitgliedstaaten der EG dauerhaft und eng bündeln und vertraglich verankern. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kann dazu beitragen, daß der EG-Gipfel in Maastricht doch noch zu einem Erfolg wird. ■

## Grundsteinlegung für größten Druckereineubau Sachsens

Die Verlagsgesellschaft Madsack (Hannover) und die Axel-Springer-Verlags AG (Berlin) werden am Stadtrand von Leipzig ein neues Druckereigebäude mit einem Kostenaufwand von 300 Millionen Mark errichten. In dem 25.000 Quadratmeter großen Gebäude, dessen Herzstück eine 90 Meter lange Druckmaschine sein wird, sollen künftig die „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ), die „Leipziger Rundschau“ und Teile der Bildzeitung gedruckt werden, sagte Wilhelm Sandman, Vorsitzender der Geschäftsführung von Madsack, bei der Grundsteinlegung in Leipzig.

Der größte Verlagsneubau in Sachsen werde nach seiner geplanten Fertigstellung Ende 1992 etwa 1.200 Arbeitnehmer beschäftigen. Bauausführende seien überwiegend Unternehmen aus Sachsen und Sachsen-Anhalt.



# Deutschlandtag der Jungen Union vom 1. bis 3. November 1991 in Trier

**Der diesjährige Deutschlandtag der Jungen Union findet vom 1. bis 3. November 1991 in der Trierer Euro-pahalle statt. Unter dem Motto „Wir sind ein Volk. Wir sind eine Welt!“ steht dieser Deutschlandtag im Zeichen der großen Herausforderungen, denen sich die Politik des vereinten Deutschlands zu stellen hat.**

Wie der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe, betont, geht es zum einen um die Vollendung der inneren Einheit — konkret um gleiche Chancen für junge Leute in ganz Deutschland — andererseits um die gewachsene internationale Verantwortung der Deutschen, „der wir

gerade dadurch gerecht werden müssen, indem wir unsere Anstrengungen im Einsatz gegen Hunger, Elend und Ungerechtigkeit in so vielen Teilen der Welt drastisch erhöhen“, so Gröhe.

Der Kongreß wird am Freitag, 1. 11. 1991, um 19 Uhr durch den Bundesvorsitzenden eröffnet. Am darauffolgenden Tag erwartet die Junge Union um 9 Uhr als Referenten den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger. In den nachfolgenden fünf Foren werden zahlreiche Referenten vertreten sein. Am Sonntag, dem 3. 11. 1991, wird um 11 Uhr eine Diskussion mit dem Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, stattfinden.

## Deutsch-polnische Aussöhnung

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Karl-Heinz Hornhues**, erklärte zur Gründung der Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung: „Wir begrüßen den Beschluß der Bundesregierung über den Beitrag des Bundes für die Stiftung „deutsch-polnische Aussöhnung und würden uns freuen, wenn neben den Haushaltsmitteln des Bundes auch Mittel aus anderen Bereichen — insbesondere deutscher Unternehmen — hinzukommen könnten.“ Mit der endgültigen Klärung der Entschädigungsfrage und mit der Gründung der Stiftung ist eine Regelung gefunden worden, die die deutsch-polnische Aussöhnung fortentwickeln wird.

## Seehundbestand im Wattenmeer um 17% gestiegen

Der Seehundbestand im Wattenmeer hat sich auch im Jahre 1991 weiter erholt; im Vergleich zum Vorjahr hat der Bestand um 17 Prozent zugenommen. Auf entsprechende Untersuchungsergebnisse des Internationalen Wattenmeersekretariats hat Bundesumweltminister Klaus Töpfer in Bonn hingewiesen. Die Entwicklung der Seehundbestände im gesamten Wattenmeer seit dem Seehundsterben 1988 wird ein wichtiger Bestandteil für die Bilanz sein, die am 13. November 1991 bei den 6. Trilateralen Regierungsgesprächen zum Schutz des Wattenmeers im dänischen Esbjerg gezogen wird. Bei dieser Ministerkonferenz sollen Schutzmaßnahmen bis 1995 festgelegt werden.



## Bundesdelegiertentag der Frauen-Union

# Ohne Frauen ist kein Staat zu machen! – Solidarisch die Einheit gestalten

Unter dem Motto „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen! – Solidarisch die Einheit gestalten“ fand am 19./20. Oktober 1991 der Bundesdelegiertentag der Frauen-Union in Bonn statt.

Neben der Vereinigung der ost- und westdeutschen Landesverbände der Frauen-Union standen die Wahlen, die Verabschiedung der neuen Satzung und das Programm der Frauen-Union „Frauenpolitik im geeinten Deutschland – Bausteine für die Einheit“ auf der Tagesordnung.

Einzige Kandidatin für das Amt der Bundesvorsitzenden der Frauen-Union war die bisherige Amtsinhaberin Rita Süßmuth. Sie ist mit großer Mehrheit, 89 Prozent der Stimmen, (326 Ja-Stimmen von 370 abgegebenen Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen) wiedergewählt worden. Der neue Vorstand wurde vergrößert. Statt drei Stellvertreterinnen hat die Vorsitzende nun fünf; zwei davon, Kerstin Claubert (Brandenburg) und Sabine Klenke (Sachsen-Anhalt) aus den neuen Bundesländern. Irmgard Karwatzki, die Landesvorsitzende der Frauen-Union NRW, bisher Beisitzerin, ist an die Stelle von Leni Fischer nunmehr als Stellvertreterin in den Bundesvorstand eingezogen. Doris Pack und Roswitha Verhülsdonk sind als Stellvertreterinnen wiedergewählt worden.

Neben den 20 Beisitzerinnen hat der Bundesvorstand nun auch eine Schriftführerin: Karin Lück aus Mecklenburg-Vorpommern. Dem neuen, 29-köpfigen Bundesvorstand gehören neun Frauen aus den neuen Bundesländern an.

Mit dem 18. Bundesdelegiertentag hat die Frauen-Union ihre Neuorganisation vollzogen. Nach der Satzung der Frauen-Union kann man ohne Mitglied in der CDU zu sein, in die Frauen-Union eintreten. Jede CDU-Frau bleibt gleichzeitig Mitglied in der Frauen-Union, es sei denn, sie erklärt ausdrücklich, nicht Mitglied der Frauen-Union werden zu wollen.

Das 140 Seiten umfassende Programm enthält den wichtigen Programmpunkt „Partnerschaft in der Partei einfordern“. Die Frauen-Union will die Gleichstellung der Frauen in der Partei dadurch vorantreiben, daß die Beschlüsse zur politischen Gleichstellung in die Satzung der Partei aufgenommen werden. Gemeinsam mit der Bundespartei will die Frauen-Union alle Gliederungen der Partei beraten, die ein Frauenförderprogramm entwickeln und durchsetzen wollen. Dieser Punkt wird die Union in der nächsten Zeit sicher noch beschäftigen. ■

## Entlastung für den Raum Lüneburg/Soltau

Zu der deutsch-britischen Einigung über einen vollständigen Verzicht auf Übungen im Gebiet Soltau/Lüneburg erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Bernd Wilz**: „Damit haben sich die nachhaltigen Bemühungen der CDU/CSU gelohnt, den Menschen in der betroffenen Region zu helfen und zu einer einvernehmlichen Lösung mit der britischen Seite zu kommen.“



## Zitat

## Hessen handlungsunfähig

*An der Asyldebatte des hessischen Landtages hat eigentlich nur die Nonchalance überrascht, mit der Ministerpräsident Eichel den Eindruck zu erwecken suchte, alles sei mehr oder weniger in Ordnung, mindestens was die Politik seiner Regierung angehe: Der Bonner Kompromiß werde verwirklicht, eine Grundgesetzänderung gebe es mit der SPD nicht, und die Kapazitäten der bisherigen Lager reichten aus. Allerdings fiel es den Sprechern der Opposition nicht schwer, nachzuweisen, wo die Unvollkommenheiten liegen und wo, mindestens bisher, noch nichts getan worden sei.*

*Die Art aber, wie Eichel und — in erwarteter Form — mehr noch der grüne Fraktionsvorsitzende Plotnitz die Union angriffen, war schon bemerkenswert. Wie sie der CDU die geistige Führerschaft bei Gewalttaten vorwarfen, nur weil die Union den Mißbrauch des Asylrechts nicht dulden will, war starker Tobak.*

*Dafür war der SPD um so peinlicher, wie Oppositionsführer Kanther den Sozialdemokraten Zitate eigener Parteifreunde ein ums andere Mal um die Ohren schlug: Die SPD denkt an ihrer Basis anders als die Funktionäre und die untere Funktionärsschicht anders als die höhere. Und die Gesamtpartei wahrscheinlich anders als ein Ministerpräsident, der sich in der Asylfrage auf Gedeih und Verderb in die Hand der Grünen begeben hat.*

*In Wahrheit ist die hessische Landesregierung in der Asylfrage handlungsunfähig.*

**Neue Presse, 23. 10. 1991**

## Maria Böhmer und Arnold Vaatz mit neuen Aufgaben betraut

Die Vorsitzende der Frauen-Union Rheinland-Pfalz, Maria Böhmer, und der Chef der sächsischen Staatskanzlei, Staatsminister Arnold Vaatz, sind vom Bundesvorstand der CDU Deutschlands auf seiner Sitzung am 14. Oktober 1991 einstimmig zu Stellvertretenden Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission der Partei berufen worden.

Nach der Berufung des neuen Vorsitzenden des Grundsatzprogramm-Kommission, Reinhard Göhner, hat der Bundesvorstand damit erneut ein sichtbares Zeichen für den fortschreitenden Generationswechsel in der Christlich Demokratischen Union gesetzt.

## Gegen Kürzung der Mittel für Verbraucherarbeit

Die Vorsitzende des Gesprächskreises Verbraucherpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Editha Limbach, sprach sich gegen die von der EG-Kommission beabsichtigte Kürzung der Mittel für Verbraucherarbeit aus. Sie wies darauf hin, daß mit der Vollendung des Binnenmarktes 1993 die Verbraucherarbeit eher intensiviert als vermindert werden müsse — besonders in den Bereichen Information und Beratung. Editha Limbach stellte fest, daß die Verbraucherinnen und Verbraucher als Partner im Marktgeschehen ernst genommen werden müßten. Dies könne aber nur glaubwürdig durch beratende Unterstützung und Anerkennen der Aufgaben der Verbraucherorganisationen durch entsprechende Mittelbereitstellung auch auf europäischer Ebene gezeigt werden.



Deutschlandtag  
der Jungen Union  
in Trier

**WIR SIND EIN VOLK.  
WIR SIND EINE WELT!**



**DEUTSCHLANDTAG  
DER JUNGEN UNION  
1. BIS 3. NOV. 1991  
TRIER**

**JUNGE UNION  
DEUTSCHLANDS**

Das attraktive Ankündigungsplakat für den diesjährigen Deutschlandtag der Jungen Union in Trier vom 1. bis 3. November 1991 kann über die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, Annaberger Str. 283, 5300 Bonn 2, bestellt werden. Der Preis beträgt sechs Mark, die Mindestbestellmenge: zehn Stück.

## Ratgeber für die neuen Länder

Wir wollen noch einmal an unsere Ratgeber-Broschüre, eines der wichtigsten Verteilmittel für die neuen Bundesländer, und deren Einzelausgaben erinnern:

Tips zum Thema: Arbeit (Best.-Nr. 5408), Tips zum Thema: Familie (Best.-Nr. 5416), Tips zum Thema: Gesundheit (Best.-Nr. 5417), Tips zum Thema: Verbraucher (Best.-Nr. 5422), Tips zum Thema: Soziale Sicherheit (Best.-Nr. 5423) und Tips zum Thema: Wohnen (Best.-Nr. 5431).

Die Ausgaben sind in der Mindestmenge von 50 Exemplaren zu einem Preis von 9,— DM (zuzügl. MwSt.) je Verpackungseinheit zu haben.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# POLITIK AKTUELL

## DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG IN DER WELT

HELMUT KOHL  
VOLKER RÜHE  
GERHARD STOLTENBERG

## Deutschlands Verantwortung in der Welt

Zu diesem Thema hat die Bundesgeschäftsstelle unter dem neuen Serientitel POLITIK AKTUELL eine erste Broschüre mit den Redebeiträgen von Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Volker Rühle und Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg auf dem Außenpolitischen Kongreß der CDU im Mai dieses Jahres herausgebracht.

Bestell-Nr.: 5443

Verpackungseinheit: 25 Expl.,  
Preis pro Einheit 28,75 DM.

Bestellungen an  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1328  
4804 Versmold

# UiD

33/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis: jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung:  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.